

# Pflege

## Den Marsch in die Mehrklassenpflege stoppen

Die Landesregierung behauptet, sie wolle die hohe Qualität der Pflege sichern, die Wertschätzung der Pflege erhalten und den Pflegeberuf aufwerten. Pflegende Angehörige sollten in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Die Fakten:

- Unter dieser Landesregierung ist es für alte, pflegebedürftige Menschen wieder wichtig geworden, welcher sozialer Herkunft sie sind. Auf Bundesebene wettet die CDU gerne gegen angeblich geplante Verschlechterung für alte Menschen, die in Heimen gepflegt werden.  
Dabei exerziert die Landesregierung hier in Niedersachsen solche Verschlechterungen vor. Seit Streichung der Investitionskostenzuschüsse für stationäre Pflegeeinrichtungen mit Änderung des Landespflegegesetzes in 2005 durch die Landesregierung sind die damaligen Befürchtungen von SPD und Freier Wohlfahrtspflege eingetreten. Die Übertragung der Einrichtungsstandards auf die Kommunen führt inzwischen zu unterschiedlichen (niedrigeren) Standards in Niedersachsen, je nach Gusto und Finanzkraft der einzelnen Kommune.
- Für die Betroffenen ist es noch dramatischer. So hat die Streichung der Investitionskostenzuschüsse in Niedersachsen mindestens 10.000 neue Sozialhilfeempfänger "geschaffen". Besonders sozial ungerecht wird das, wenn Pflegebedürftige jahrelang von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt worden sind. Wenn die häusliche Pflege nicht mehr ausreicht und die Pflegebedürftigen ins Heim müssen, werden diejenigen, die jahrelang aufopferungsvoll gepflegt haben, jetzt auch noch zusätzlich zur Kasse gebeten. Somit wird diese Regelung auch familienpolitisch zur Katastrophe.
- Das führt dann im Zweifelsfall zu einer Mehrklassenpflege, bei der Betuchte in Seniorenresidenzen umsorgt werden, Menschen mit guter Rente sich noch aussuchen dürfen, ob sie allein im Einzelzimmer oder im Doppelzimmer mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin gepflegt werden wollen und Menschen, deren Rente für die Bezahlung der Pflegekosten nicht mehr ausreicht, ihren Lebensabend im Mehrbettzimmer verbringen müssen.
- Die Landesregierung verweigert die Wiedereinführung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung. Ohne Umlage zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Einrichtungen steuern wir in Niedersachsen sehenden Auges auf einen Notstand in der Pflege zu. Häufig werden die Lücken noch durch Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger geschlossen, die in die Altenpflege wechseln. Aber das wird bald vorbei sein, denn auch in der Krankenpflege sinkt wegen des Kostendrucks die Ausbildungsbereitschaft. Bereits 1996 hatte die SPD-geführte Landesregierung in Niedersachsen eine gesetzliche Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung eingeführt. Sie wurde im Jahre 2000 ausgesetzt, weil das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit dieser Regelung überprüfen wollte. Seitdem sank die Zahl der Altenpflegeschülerinnen und -schüler um rund ein Fünftel. Im Juli 2003 hat Karlsruhe die Umlagefinanzierung für mit der Verfassung vereinbar erklärt. Doch die Landesregierung verneint den absehbar zusätzlichen Bedarf und riskiert damit einen Fachkräftemangel. Gleichzeitig wächst der Bedarf sowohl an ambulanten als auch an

stationären Pflegeplätzen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Dies belegt im Übrigen der eigene von der Landesregierung im vergangenen Jahr vorgelegte Landespflegebericht. Es ist deshalb völlig absurd, in einer solchen Situation Betriebe, die ausbilden, auch noch durch Wettbewerbsnachteile zu bestrafen. Denn diese Einrichtungen finanzieren die Ausbildung von Fachkräften, die dann oft genug von nicht ausbildenden, insbesondere ambulanten Diensten abgeworben werden.

- Die Dummen dabei sind die Menschen, die gepflegt werden. Da die Pflegekassen nur die Hälfte der Kosten, die den Unternehmen für einen Ausbildungsplatz entstehen, übernehmen, müssen die Bewohner von Altenpflegeheimen den Rest per Umlage bezahlen.

Die Positionen der SPD dazu:

- Noch für 2007 hat die Bundesregierung eine Reform der Pflegeversicherung angekündigt. Zumindest sollen bis zum Jahresende Reformeckpunkte vorgelegt werden. Die SPD Niedersachsen wird sich dafür einsetzen, dass die Pflegereform nun endlich die überfälligen Leistungsverbesserungen in Angriff nimmt. Insbesondere der schwierigen Situation Demenzkranker und ihrer Angehörigen muss wesentlich stärker Rechnung getragen werden.
- Nach der Regierungsübernahme werden in einem „Niedersächsischen Sozialgesetzbuch“ u.a. die landesgesetzlichen Regelungen zur Pflege gebündelt und auf die künftigen Herausforderungen zur Abwehr eines drohenden Pflegenotstandes ausgerichtet werden.
- Dabei muss der Pflegequalität größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es muss darum gehen, professionelle Pflege besser zu vergüten und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften attraktiver zu gestalten. Nach der Regierungsübernahme wird die SPD deshalb in Niedersachsen die Umlagefinanzierung für die Altenpflegeausbildung wiedereinführen.
- Die SPD wird sich außerdem dafür einsetzen, dass auch zukünftig der Wunsch von Pflegebedürftigen nach Unterbringung in einem Einzelzimmer berücksichtigt wird.
- Die SPD wird eine „Zukunftswerkstatt Pflege“ einrichten, die das Ziel hat, weitergehende Vorschläge zur Weiterentwicklung der Pflege zu erarbeiten. Bereits in ihrem Antrag zum Landeshaushalt 2007 hat die SPD dafür 500.000 € vorgesehen.